

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Fragen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und des JFDA anlässlich der Bundestagswahl

1. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich nicht auf vermeintliche Randgruppen beschränkt, sondern ebenso in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist. Werden Sie sich als zukünftiger Abgeordneter des deutschen Bundestages mit der Antisemitismus-Bekämpfung befassen, wie sie der Bundestagsbeschluss vom 4. 11. 2008 fordert, und wenn ja, welche Schwerpunkte werden Sie setzen?

Wir werden alles daran setzen, um die im Beschluss „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ festgelegten Ziele umzusetzen. Die Entscheidung des Bundestages ist auch auf Druck von Mitgliedern unserer Fraktion entstanden. Die Bundesregierung ist diesen Forderungen bisher noch nicht in ausreichendem Maße nachgekommen. Die beschlossene Prüfung und Ausweitung der bestehenden Bundesprogramme gegen Antisemitismus sowie die Prüfung, wie diese Programme optimal und nachhaltig finanziert werden sollen, ist offensichtlich bisher noch nicht erfolgt. Das, obwohl der Bundestag der Regierung eine Frist bis zum Ende des ersten Quartals 2009 gesetzt hatte. Dies finden wir beschämend.

2. Nach wie vor sind rechtsradikale Organisationen sehr präsent in der deutschen Gesellschaft. Auch die NPD kann weiterhin ungestört legale Strukturen nutzen, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Wie sollte die deutsche Politik dieser Entwicklung begegnen und was werden Sie persönlich unternehmen?

Den Aktivitäten der NPD sehen wir nicht tatenlos zu. Ihre Ideologie ist menschenverachtend und führt zu Gewalt gegen anders Aussehende, Lebende oder Liebende. Dem muss eine starke Zivilgesellschaft entgegentreten. Bürgerschaftliches Engagement braucht eine ausreichende und dauerhafte politische und finanzielle Unterstützung.

Für eine Teilhabe an der Demokratie ist politische Bildung unerlässlich. Diese muss im Elternhaus, den Schulen und in der Kinder- und Jugendarbeit einen höheren Stellenwert einnehmen. Die Länder und Kommunen sind aufgerufen, die Schulen verstärkt zu Orten weiterzuentwickeln, in denen politische Bildung und Beteiligung in Theorie und Praxis mehr Raum einnehmen.

Ein Verbot der NPD ist für uns kein Allheilmittel. Bevor ein zweiter Versuch gestartet werden sollte, müssen alle offenen Fragen beantwortet und alle Unklarheiten beseitigt sein. Ein Desaster, wie das gescheiterte erste Verbotverfahren, darf sich nicht wiederholen.

3. Auch islamischer Antisemitismus ist in Deutschland keine Randerscheinung. Wie schätzen Sie die Gefahr ein und wie kann man Ihrer Ansicht nach gegen islamischen Antisemitismus vorgehen?

Antisemitismus ist wie Rassismus eine Ideologie, die die Menschenwürde missachtet und in Gewalt mündet. Judenfeindschaft findet sich in Deutschland nicht nur unter Rechtsextremen. Auch unter den mehr als drei Millionen Menschen muslimischen Glaubens finden sich mitunter solche Denkweisen. Hier brauchen wir pädagogische Maßnahmen an Schulen und Jugendeinrichtungen. Gefragt sind auch die Selbstvertretungen und Repräsentanten von Muslimen. Antisemitismus muss in jeder Moschee, jeder Teestube und jedem Kulturverein thematisiert werden. Wenn Antisemitismus von Angehörigen der eigenen Religion verurteilt wird, dann werden diese zu demokratischen Vorbildern. Ihnen können wir helfen, wenn wir uns auch gegen die in Deutschland ebenfalls erstarkende Islamophobie stark machen.